

Muster eines Umgangsrechtsantrags bzw. einer Umgangsvereinbarung

Das Umgangsrecht des gemeinsamen minderjährigen Kindes ... (Name des Kindes), geboren am ... (Datum), mit ... (Parteibezeichnung), wird wie folgt geregelt:

1. ... (Name des Kindes) hält sich an geraden/ungeraden Wochenenden in der Zeit von ... (Wochentag, Uhrzeit) bis ... (Wochentag, Uhrzeit), beginnend mit dem Wochenende vom ... (Datum, Uhrzeit) bis ... (Datum, Uhrzeit), bei ... (Parteibezeichnung) auf.

2. ... (Name des Kindes) verbringt ... (die erste/zweite Hälfte, das erste/zweite/dritte Drittel der Sommerferien) sowie im jährlichen Wechsel die gesamten Oster- bzw. Herbstferien bei ... (Parteibezeichnung). Diese Ferienregelung bezüglich der Oster-/Herbstferien beginnt mit den ... (Oster- bzw. Herbstferien) des Jahres ... (Jahreszahl), so dass ... (Name des Kindes) im Folgejahr die ... (Oster- bzw. Herbstferien) bei ... (Parteibezeichnung) verbringt und jeweils jährlich wechselnd so fort. Die Ausübung des Ferienumgangsrechts beginnt mit dem Abend des jeweiligen Vortages, 17.00 Uhr und endet mit 17.00 Uhr des jeweiligen letzten Urlaubsumgangstags.

3. An den gesetzlichen Feiertagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten, jeweils am (ersten/zweiten) Feiertag in der Zeit von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr, hält sich ... (Name des Kindes) bei ... (Parteibezeichnung) auf.

4. ... (Parteibezeichnung) ist verpflichtet, ... (Name des Kindes) in angemessener Weise auf die Besuche vorzubereiten. ... (Parteibezeichnung) ist verpflichtet, ... (Name des Kindes) pünktlich zu den jeweils vorgenannten Terminen – witterungsgerecht gekleidet – für Urlaubszeiten mit ausreichender, witterungsgerechter Kleidung, Kosmetikartikeln, Lieblingsspielsachen in geringem Umfang etc. – zur Wohnung des/der ... (Parteibezeichnung) zu bringen.

... (Parteibezeichnung) ist verpflichtet, ... (Name des Kindes) pünktlich zu ... (Parteibezeichnung) zurückzubringen.

5. Die Kosten für Hin- und Rücktransport des Kindes trägt der jeweilige Elternteil selbst.

6. Die Eltern sind verpflichtet, alles zu unterlassen, was das Verhältnis von ... (Name des Kindes) zum jeweils anderen Elternteil beeinträchtigen könnte.

7. Jede Partei ist verpflichtet, den anderen Elternteil unverzüglich zu informieren, wenn die vereinbarten Umgangstermine aus wichtigem Grund nicht eingehalten werden können; gleichzeitig sind Ersatztermine zu benennen.

8. Für den Fall, dass Unstimmigkeiten wegen der Ausübung dieses Umgangsrechts entstehen, nehmen die Parteien vor Einleitung von Zwangsmaßnahmen Beratung durch ... (Beratungsstelle/Jugendamt) in Anspruch.

Alternativ oder zusätzlich:

Vor einer etwaigen Zwangsvollstreckung dieses Umgangsrechts verpflichtet sich ... (Parteibezeichnung), ein gerichtliches Vermittlungsverfahren gemäß § 52 a FGG zu beantragen.

9. Bei Vereinbarungen:

Die Vereinbarung der Parteien zum Umgangsrecht des Kindes ... (Name des Kindes) mit ... (Parteibezeichnung) vom ... (Datum) – s. Anlage zu diesem Protokoll – wird familiengerichtlich bestätigt und tritt somit an die Stelle einer gerichtlichen Umgangsrechtsentscheidung.

10. Für den Fall der Zuwiderhandlung wird ... (Parteibezeichnung) ein Zwangsgeld von bis zu 25.000 € angedroht.

Muster einer Entscheidung zum begleiteten Umgang

... (Parteibezeichnung) hat das Kind ... (Name und Geburtsdatum) am ... (3.5.2002, 7.6.2002, 5.7.2002, 2.8.2002, 6.9.2002, 4.10.2002) jeweils um 14.00 Uhr in die Räume des Kinderschutzbundes ... (Anschrift) zu bringen und dort bis jeweils 16.00 Uhr zu belassen.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird ... (Parteibezeichnung) ein Zwangsgeld von bis zu 25.000 € angedroht.